

## **Vortrag an den Ministerrat**

### **EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 17. März 2026 in Brüssel**

Am 17. März 2026 fand in Brüssel eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Auf der Tagesordnung standen Governance-Aspekte des Mehrjährigen Finanzrahmens 2028-2034, die Vorbereitung des Europäischen Rates am 19./20. März 2026 sowie das Europäische Semester 2026. Unter Sonstiges wurden das Thema neue EU-Eigenmittel sowie das Pilotprojekt zum digitalen Altersverifizierungssystem angesprochen.

### **Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2028-2034**

Es fand ein Austausch mit Fokus auf die Governance-Aspekte des MFR 2028-2034 statt. Ich hob die Bedeutung von Transparenz und Zugänglichkeit, effektiver Umsetzung und Modernisierung im nächsten MFR hervor. Damit muss auch eine moderne und effiziente EU-Verwaltung einhergehen, etwa durch Digitalisierung und Sparen im eigenen System. In diesem Zusammenhang verwies ich auf ein gemeinsames Schreiben mit acht anderen Mitgliedstaaten an die Europäische Kommission. Unter Bezugnahme auf die Bedenken des Europäischen Rechnungshofs betonte ich, dass Vereinfachung auf EU-Ebene jedoch nicht zu zusätzlichem Verwaltungsaufwand in der Umsetzung bzw. für nationale Behörden führen soll. Zudem unterstützte ich die Beibehaltung einer starken Rolle des Rates bei der Governance, die etwa beim Wettbewerbsfähigkeitsfonds und dem Instrument „Europa in der Welt“ besonders wichtig ist. Gleichzeitig darf das neue Governance-Modell, das eine übergeordnete Koordinierungsebene vorsieht, nicht zu mehr Komplexität führen, insbesondere in föderalen Mitgliedstaaten mit bereits bestehenden Strukturen. Den Mitgliedstaaten muss ausreichend Flexibilität bei der Ausgestaltung ihrer Regelungen eingeräumt werden. Bei der Umsetzung der neuen Struktur mit nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen müssen finanzielle Verantwortung und Rechenschaftspflicht klar gewährleistet sein. Abschließend betonte ich die Bedeutung einer integrierten und kohärenten Gemeinsamen Agrarpolitik.

## Vorbereitung des Europäischen Rates am 19./20. März 2026

Es fand ein Austausch zur Vorbereitung des Europäischen Rates auf Basis des Entwurfs der Schlussfolgerungen statt.

Zum Kapitel Wettbewerbsfähigkeit und Binnenmarkt betonte ich, dass die letzten Monate gezeigt hätten, dass sich die EU in der Analyse des Problems einig sei. Es müsse aber endlich auch gehandelt werden. Das dringendste und wichtigste Thema sei die nachhaltige Senkung der Energiepreise, um die europäischen Unternehmen global wettbewerbsfähiger zu machen, aber auch, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten und Wohlstand zu fördern. Dafür brauche es treffsichere Maßnahmen auf EU-Ebene. Aus österreichischer Sicht seien innovative Lösungen auf allen Ebenen erforderlich, wobei ich drei Punkte hervorhob: Erstens müsse das Merit-Order System überprüft werden. Es brauche eine stärkere Entkopplung der Gas- und Strompreise. Es sei nicht akzeptabel, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wegen hoher Gaspreise unter zu hohen Strompreisen leiden, obwohl Österreich 90% aus erneuerbaren Energiequellen bezieht. Zweitens braucht es schnellere Verfahren, etwa bei Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energie, sowie Diversifizierung der Energiequellen und -lieferanten, etwa durch starke Energiepartnerschaften auf Augenhöhe. Drittens sei ein verlässlicher und wettbewerbsfähiger CO<sub>2</sub>-Preis notwendig, inklusive wirksamem Carbon-Leakage-Schutz, funktionierendem CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus, Verlängerung der kostenlosen Zertifikate im Rahmen des Europäischen Emissionshandelsystems über 2034 hinaus und eine Abflachung des Ausstiegspfad 2028–2030.

Zum Kapitel Naher Osten und Iran betonte ich, dass eine Rückkehr zu Diplomatie, regionaler Stabilität und Deeskalation unerlässlich sei. Die indirekten Auswirkungen des Krieges dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Dazu gehören eine Stabilisierung der Energiepreise und vor allem auch die möglichen Auswirkungen auf die Migrationsströme aus der Region. Dabei ist ein proaktiver und präventiver Ansatz erforderlich, um das Entstehen zusätzlicher illegaler Migrationsbewegungen aus dem Iran in Richtung EU frühzeitig zu verhindern.

Abschließend erinnerte ich an Österreichs Position zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen. Vor dem Hintergrund der nationalen Haushaltskonsolidierung müsse der nationale EU-Beitrag Österreichs stabil bleiben. Das bedeute einerseits die Fortführung der BNE-Korrektur bzw. des „Rabatts“ und andererseits ein stabiles Ausgabenvolumen. Zur Finanzierung neuer Prioritäten oder Schuldentrückzahlung für „NextGenerationEU“ brauche es aber auch echte neue Einnahmequellen für das EU-Budget. Ich betonte, dass sich Österreich in diesem Sinne immer offen und konstruktiv in die Debatte um neue Eigenmittel eingebracht habe.

## **Europäisches Semester 2026**

Der zyprische Ratsvorsitz verwies auf das am 25. November 2025 präsentierte Herbstpaket der Europäischen Kommission, mit welchem der Zyklus des Europäischen Semesters 2026 eingeleitet wurde, und erläuterte den aktualisierten Fahrplan. Die Veröffentlichung des Frühjahrespaket ist demnach für den 3. Juni 2026 geplant. Im Fokus solle das Ziel der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU stehen.

### **Sonstiges**

Frankreich ging auf das Thema neuer EU-Eigenmittel ein und regte einen stärkeren Fokus auf die Finanzierungsseite in den Diskussionen zum MFR 2028-2034 an.

Spanien sprach das laufende Pilotprojekt auf EU-Ebene für ein System zur digitalen Altersverifizierung an.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Ich stelle daher den

### **Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

10. April 2026

Claudia Bauer  
Bundesministerin für Europa, Integration und Familie